



Verband Ökonomische Bildung an  
allgemein bildenden Schulen e. V.

Oldenburg, den 15.6.2015

## **Erklärung des erweiterten VÖBAS-Vorstands zur Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen des Landes Niedersachsen**

Als Fachverband, der sich seit rund zehn Jahren für die Verankerung und Weiterentwicklung der ökonomischen Bildung an allen allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufen I und II einsetzt, begrüßen wir die verschiedenen Initiativen des Niedersächsischen Kultusministeriums zur Stärkung der Berufsorientierung, um „möglichst alle Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, am Ende ihrer allgemein bildenden Schulzeit eine begründete, ihren Interessen, Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Berufs- oder Studienwahl zu treffen“ (Handlungsempfehlung des Bündnisses Duale Ausbildung).

Besonders erfreut hat uns die Entscheidung, den Gymnasien in Jahrgang 11 eine zusätzliche Unterrichtsstunde für Maßnahmen der Berufs- und Studienorientierung zur Verfügung zu stellen und für diese überfachliche Aufgabe dem dazu inhaltlich prädestinierten Fach Politik-Wirtschaft die Rolle eines „Ankerfaches“ zuzuweisen, denn dadurch werden einerseits klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Berufs- und Studienorientierung geschaffen, ohne andererseits die so wichtige fachspezifische Einführung in die wissenschaftspropädeutische Arbeit der gymnasialen Oberstufe zu vernachlässigen.

Die Definition eines Ankerfaches Wirtschaft (Oberschule) bzw. Arbeits-Wirtschaft-Technik (Integrierte Gesamtschule) sollte deshalb auch in der Sekundarstufe I übernommen werden. Zugleich sollte klar sein, dass die Berufsorientierung kein Substitut für ökonomische Bildung sein darf, sondern sowohl eine überfachliche Aufgabe aller Fächer als auch eine besondere Aufgabe des Faches Wirtschaft bzw. Fachbereiches Arbeit-Wirtschaft-Technik darstellt, in dem Themen und Aspekte der Betriebs- und Arbeitswelt seit jeher zum festen curricularen Bestand gehören.

Damit dieses für die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler wie auch für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft (Stichworte: Fachkräftebedarf, Integration, Inklusion) so bedeutsame Vorhaben gelingen kann, sind nach unserer Auffassung einige Voraussetzungen nötig:

1. *Qualifizierung der Lehrkräfte:* Entsprechend dem Doppelcharakter der Aufgabe (fachlich wie überfachlich) benötigen wir eine Verankerung der Berufs- und Studienorientierung in allen Phasen der Lehrerbildung, das heißt
  - a) in den universitären Studiengängen der ökonomischen Bildung für die Fächer Wirtschaft, Arbeit-Wirtschaft, Politik-Wirtschaft, aber auch im Professionalisierungsbereich für alle künftigen Lehrerinnen und Lehrer,
  - b) in der zweiten Phase in den Fachseminaren ebenso wie in den pädagogischen Seminaren,
  - c) in der fachlichen wie auch der überfachlichen Fort- und Weiterbildung der bereits aktiven Lehrkräfte. Gerade im Hinblick auf das Fach Politik-Wirtschaft ist zu bedenken, dass die große Mehrheit der heute aktiven Lehrkräfte eine traditionelle Politiklehrer-

ausbildung absolviert hat (mit dem Schwerpunkt auf Politologie und Soziologie und in der Regel eher geringen wirtschaftswissenschaftlichen Anteilen) und daher einen hohen Fortbildungsbedarf aufweist.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang das Vorhaben eines schulformübergreifenden Aufbau-, Erweiterungs- oder Sprintstudiums „Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Berufsorientierung“, für das inzwischen ein Konzept der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg vorliegt. Basierend auf diesem Konzept ließe sich auch ein Sprintstudium Politik-Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Berufs- und Studienorientierung gestalten.

Außerdem raten wir sehr dazu, die Entscheidung zu überdenken und möglichst zu korrigieren, das Fach Wirtschaft aus dem Kreis der Hauptfächer für das Haupt- und Real-schullehrer-Studium herauszunehmen.

2. *Curriculumentwicklung:* Wir benötigen eine noch stärkere fachliche Verankerung der Berufsorientierung in den Kerncurricula. Eine erste Gelegenheit dazu bietet die anstehende Neufassung des Kerncurriculums Politik-Wirtschaft, insbesondere für die Einführungsphase (Jahrgang 11). Eigentlich müsste die Berufsorientierung über die eher deklaratorischen Passagen in der Einleitung hinaus auch in den Kompetenzforderungen des Kerncurriculums für die Jahrgänge 8 bis 10 verankert werden, das soeben die Anhörungsphase durchlaufen hat. Die Universität Oldenburg ist hinsichtlich der Formulierung von Berufswahlkompetenzen bereits im Austausch mit dem Kultusministerium und der Landesschulbehörde.
3. *Lehrereinstellungspolitik:* Die für die Fächer Wirtschaft und Politik-Wirtschaft ausgebildeten Lehrer müssen auch eingestellt werden. Noch immer gibt es einen hohen Anteil fachfremden Unterrichts. Wir begrüßen sehr die aktuell laufende Weiterbildungsmaßnahme Wirtschaft für Lehrkräfte an Haupt-, Real- und Oberschulen (mit einem Zertifikat des NLQ) und würden uns ihre Fortsetzung wünschen, wären aber auch dankbar, wenn das Kultusministerium die Landesschulbehörde und die Schulleitungen ermutigen würde, im Hinblick auf die Berufsorientierung mehr ausgebildete Wirtschaft- bzw. Politik-Wirtschaft-Lehrkräfte anzufordern und entsprechende Stellen auszuschreiben.